

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EJPD

Bern, 4. November 2024 / SO
20241114_VL_EU_Migrations_Asympakt_d

Elektronischer Versand: helena.schaer@sem.admin.ch, gael.buchs@sem.admin.ch, michelle.truffer@sem.admin.ch, vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch

Genehmigung und Umsetzung der Notenaustausche zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnungen (EU) 2024/1351, (EU) 2024/1359, (EU) 2024/1349, (EU) 2024/1358 und (EU) 2024/1356 (EU-Migrations- und Asylpakt) (Weiterentwicklungen des Schengen- und des Dublin-/Eurodac-Besitzstands)

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Die FDP.Die Liberalen begrüsst die neuen Massnahmen im Rahmen des EU-Migrations- und Asylpakts, insbesondere die verstärkte Umsetzung von Asylverfahren und Rückführungen an den EU-Aussengrenzen. Diese Massnahmen tragen dazu bei, irreguläre Migration zu reduzieren und den Druck auf die inneren Mitgliedstaaten zu verringern. Die Schweiz ist zwar nicht direkt Teil dieser Herausforderung, aber profitiert durch Dublin. Für die Schweiz ist es von zentraler Bedeutung, sich aktiv an diesen Entwicklungen zu beteiligen, um eine effektive Steuerung der Migration sicherzustellen und Sekundärmigration zu verhindern. Es wird daher empfohlen, dass der Bund die Möglichkeit einer freiwilligen Beteiligung an diesen Massnahmen zügig prüft.

Die Partei lehnt jedoch eine Teilnahme an einem freiwilligen Solidaritätsmechanismus, der eine Aufnahme von Asylsuchenden aus Italien, Griechenland oder Spanien vorsieht, entschieden ab. Stattdessen soll die Schweiz ihre Ressourcen gezielt in Massnahmen investieren, die die Situation an den Aussengrenzen stabilisieren und eine effektive Rückführung von Migranten ohne Bleiberecht sicherstellen.

Vorschläge zur Umsetzung im Schweizer Recht:

- 1. Angleichung der Bedingungen für Asylverfahren:** Die gesetzlichen Anpassungen sollen sicherstellen, dass Asylsuchende in der Schweiz nicht bessergestellt sind als diejenigen, die an den Schengen-Aussengrenzen ein Verfahren durchlaufen. Dies betrifft die Unterbringung, den Zugang zur medizinischen Versorgung, das Grenzverfahren sowie die gewährten Sozialleistungen. Diese Angleichung ist notwendig, um den Anreiz für eine illegale Weiterreise in die Schweiz zu minimieren.
- 2. Stärkung des Vollzugs und der Rückführung:** Die Partei fordert eine konsequente Anwendung der Dublin-Verordnung, um die Rückführung von Asylsuchenden, die

bereits in einem anderen Dublin-Staat ein Gesuch gestellt haben, zu gewährleisten.
Darüber hinaus sollen Drittstaaten, die sich weigern, abgewiesene Migranten zurückzunehmen, stärker unter Druck gesetzt werden.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

Der Präsident



Thierry Burkart
Ständerat

Der Generalsekretär



Jonas Projer